Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

13 (16.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Duys, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 13 — Samstag, den 16. Januar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Nach englischen und französischen Meldungen ist dort beabsichtigt, die Reparationskonferenz in Lausanne, die am 25. Januar beginnen sollte, zu verschieben, wodurch Englands schwankende Haltung bestätigt wird.

*

Daß Frankreich erneut Schwierigkeiten wegen der Reparationskonferenz macht, wird durch einen Besuch des französischen Botschafters in Berlin bei Brüning bestätigt.

*

Die Reichsregierung hält am 25. Januar fest, ebenso an ihrer Erklärung, daß sie sich auf einen bloßen Zahlungsaufschub nicht einlassen kann.

*

Das Reichsfinanzministerium lehnt eine Ermäßigung der Biersteuer und ein Tabakmonopol ab.

*

Das Reichskabinet hat in einer Sitzung die Abrüstungskonferenz vorbereitet.

*

Die Vorbereitungen der englischen Regierung zur Lausanner Konferenz spitzen sich, wie bestätigt wird, auf den sog. City-Plan, der vorsieht, daß die Konferenz zunächst ein kurzes Tributmoratorium für Deutschland beschließt und nach Ablauf einiger Monate erneut zusammentritt, um sich dann einem Plan zur endgültigen Lösung zuzuwenden.

Umschau.

Um Hindenburgs Wiederwahl. — Vor der neuen Tributkonferenz. — Verwirrung in Frankreich und französische Drohungen.

):(Durlach, 16. Januar.

Die verwirrende Fülle der Ereignisse dieser Tage macht es gerade denjenigen Zeitungslesern schwer, die bemüht sind, sich eine eigene Meinung zu bilden. Sie müssen sich durch eine Menge widersprechender und gefärbter Meldungen und Darstellungen nicht nur über innerpolitische Fragen, sondern noch mehr durch den Nachrichtenwust, der aus dem Auslande kommt, hindurchlesen, um zu einem Bild der wirklichen Sachlage zu gelangen.

Die Reichsregierung kann es auch vor denjenigen, welche sich als ihre Gegner bekennen, in Anspruch nehmen, daß sie fest und zielbewußt bemüht ist, die Voraussetzungen zu schaffen, die Deutschland bei den kommenden außenpolitischen Entscheidungen einen möglichst festen Standpunkt geben würden. Sie hat dabei freilich zunächst eine Niederlage erlitten, da es sich wegen des Widerstands der Rechtsopposition nicht ermöglichen hat lassen, eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag für Hindenburgs Amtsverlängerung auf parlamentarischem Weg, der ja dadurch auch ein verfassungsmäßiger Weg gewesen wäre, zustande zu bringen. Der heftigere Widerstand gegen das Projekt kam übrigens nicht von nationalsozialistischer Seite her, d. h. nicht von Hitler, sondern von dem Führer der Deutschnationalen Partei, Hugenberg. Das geht schon aus den beiderseitigen Absagebriefen hervor, denn Hitlers Brief ist in einem verbindlichen Ton gehalten, während Hugenbergs Ausführungen geradezu unhöflich zu nennen sind. Anderseits hat der den Deutschnationalen nahestehende Stahlhelm einen Aufruf für Hindenburg erlassen, während der nationalsozialistische Führer Frick eine Rede hielt, die nur im gegenteiligen Sinn aufgefaßt werden kann.

So bliebe also jetzt die Möglichkeit, Hindenburgs Wiederwahl durch eine Volkswahl herbeizuführen und diese eventuell auf überparteilicher Basis zu organisieren, da wohl kein Zweifel ist, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes, auch diejenigen, die auf der Linken und in der Mitte seinerzeit für andere Kandidaten gestimmt haben, jetzt Hindenburg wählen werden. Auch der Demokratische Reichsfinanzminister Dietrich hat sich in diesen Tagen dafür ausgesprochen, daß Hindenburg bleibe, gleichgültig auf welche Weise die Wiederwahl in die Wege geleitet werde. Mit Hindenburg sei in Deutschland die absolute Legalität des Regierungssystems gegeben. Außenpolitisch aber würde die Geschlossenheit des deutschen Volkes auch bereits dadurch zum Ausdruck gelangen, wenn es gelänge, die Einheitskandidatur Hindenburg aufzustellen. Natürlich wird es darauf ankommen, die Voraussetzungen zu schaffen, daß Hindenburg zugemutet werden kann, aufs Neue zu kandidieren.

Der Reichstag wird nun wohl erst Ende Februar zusammentreten, wie er das ja auch bei seinem Auseinandergehen mit Mehrheit selbst beschlossen hat. Die neuen Anträge auf vorzeitige Einberufung sind zu Beginn dieser Woche im Aeltestenrat abgelehnt worden. Und hier hat die Regierung im Gegensatz zu ihrer Aktion in der Reichspräsidentenfrage einen Erfolg erzielt, dadurch, daß sich ihre Ansicht durchsetzte, daß im gegenwärtigen Augenblick, unmittelbar vor dem Beginn der Verhandlungen in Lausanne große parlamentarische Debatten nicht zweckmäßig seien. Der Reichstag wird übrigens auch den Termin für die Reichspräsidentenwahl gemäß der Verfassung zu bestimmen haben.

Die Feststellung des deutschen Reichskanzlers, daß Deutschland weitere Tributzahlungen unmöglich seien und daß auch jeder Versuch, auf dem Kompromißwege das System solcher politischer Zahlungen aufrechtzuerhalten für die ganze Welt zum Unheil führen müsse, wäre eigentlich geeignet, eine klare Lage für die kommenden Konferenzen zu schaffen, zunächst aber schuf er eine außerordentliche Verwirrung in Frankreich. Dort führte die Erklärung zum Rücktritt der Regierung Laval, nachdem bereits Briand in dem Kampf um das politische Gesicht Frankreichs demissioniert hatte. Frankreich muß sich jetzt entscheiden, wie es sich dem deutschen Nein gegenüber zu verhalten hat. Die Wiederkehr der Rechtsregierung Laval ohne Briand, der wenigstens den Ruf hatte, um die Verständigung sich bemüht zu haben, kann eigentlich keine Illusionen aufkommen lassen.

Zum zweiten Mal (nach dem Ruhrkrieg), jedenfalls aber unter günstigeren Umständen als damals, schickt sich Deutschland an, entschiedenen Widerstand gegen die französische Machtpolitik zu leisten. Wenn es auch schon Stimmen in Frankreich gab, die aufs Neue nach den Mitteln der Gewalt riefen, so werden sie doch kaum Erfolg haben. Die Lage ist anders geworden, als sie zu Ende 1922 war. Der ganzen Welt gegenüber würde sich Frankreich heute in eine unmögliche Stellung bringen, wollte es nach ergebnislosen Verhandlungen in Lausanne oder nach einem dann für Deutschland ungünstigen Schiedsspruch des Haager Gerichtshofs nochmals einen Einmarsch in Deutschland unternehmen, um sich Pfänder für die Reparationen selbst zu holen. Freilich bleibt Frankreich weiter die Möglichkeit, mit „goldenen Kugeln" zu schießen, trotzdem, was die kurzfristigen Schulden anlangt, Frankreich längst der kleinste Gläubiger Deutschlands geworden ist, weil es eben bei seinen früheren Angriffen auf die deutsche Währung und den Devisenbestand der Reichsbank bei weitem das Meiste schon zurückerhalten hat. Aber in Basel hat man bereits mit einer neuen Erpressung gedroht, nämlich mit der Nichtverlängerung des französischen 25 Millionen Dollarkredits für die Reichsbank, mit dem offenen Hinweis, man werde erforderlichenfalls die Reichsmark zu ruinieren versuchen. Und aus der französischen Presse hören wir weitere Drohungen, die deutsche Wirtschaft über andere Gläubiger zu treffen, die Frankreich verschuldet sind, oder neue zollpolitische Maßnahmen gegen die deutsche Einfuhr in Kraft zu setzen.

Die Verfechter dieser Politik in Paris vergessen dabei, daß Aehnliches schon gegen Deutschland geschah, und daß gerade das alles dazu geführt hat, daß Deutschland erklären mußte, keine politischen Zahlungen mehr leisten zu können. Es wird schon schwer genug sein, angesichts der zollpolitischen Maßnahmen, die alle Länder in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise durchführten, die deutsche Ausfuhr auf einem Umfang zu halten, daß es gelingt, weiterhin die privaten Schulden an das Ausland zu verzinsen und zu tilgen. Man hat berechnet, daß hierfür 2 Milliarden Mark im Jahre erforderlich sein werden, ein Betrag, der nicht weit unter dem liegt, den die Rekordausfuhr des letzten Jahres der deutschen Wirtschaft an Gewinn brachte, ein Betrag, der aber schon in diesem Jahre 1932 nicht mehr erreicht werden wird, da ja bereits im Dezember sich die zollpolitischen Maßnahmen des Auslands auf die deutsche Ausfuhr geltend machten. Wenn man uns in Lausanne nur eine weitere Stundung gibt, ist uns und der durch die Reparationen gleichfalls leidenden Wirtschaft anderer Länder nicht geholfen. Das erste, um die aus dem Mangel an Vertrauen gekommene finanzielle und Währungskrise in der Welt zu beseitigen, wäre Bekämpfung der gegenwärtigen Unsicherheit und Ungewißheit. Die Weltmeinung weiß das, sie spricht sich für völlige Streichung der Reparationen aus, aber Amerika, das den Schlüssel dazu in der Hand hätte, geht gar nicht nach Lausanne!

Treviranus in Dresden

Dresden, 15. Jan. Reichsminister Treviranus hielt sich heute in Dresden auf, um mit dem sächsischen Ministerpräsidenten und dem sächsischen Finanzminister die künftige **Gestaltung der Reichswasserstraßenverwaltung** zu erörtern. Die Vertreter der sächsischen Regierung sprachen sich dagegen aus, daß eine reichseigene Sonderverwaltung gegründet würde, weil die Elbstromverwaltung nicht von der gesamten Wasserwirtschaft des Landes Sachsen abgelöst werden dürfe und äußerten überdies die Besorgnis, daß sich aus der Gründung einer Reichswasserstraßenverwaltung eine Verteuerung für Reich und Länder ergeben würde. Man kam dahin überein, für die Verwaltungsführung der Elbe die beste und billigste Form zu suchen, die die engste Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern gewährleistet.

Quertreibereien zu Lausanne

Was zwischen englischen und französischen Unterhändlern in Paris ausgetüftelt worden war, lief darauf hinaus, die ungeschützte Tributrate fortbestehen und durch **Schuldverschreibungen der Reichsbahn** abgelten zu lassen. Die Schuldverschreibungen wollte man dann Amerika anbieten als Restbetrag für die englisch-französischen Kriegsschulden, die im übrigen gestrichen werden sollten. Den Plan läßt **Laval** schon seit einiger Zeit als letzte und höchste Weisheit empfehlen, und englische Unterhändler wären durchaus bereit gewesen, ihm auf den Leim zu gehen. Der Gedanke, ob sich England doch noch aus der schweren Krise retten könne, indem es Deutschland tiefer hineintreibt, hat in England immer noch seine Anhänger. Man darf dazu schließlich auch alle die Leute rechnen, denen die Eisenzölle wichtiger sind, als die Gesundung der Wirtschaft. Wenn man England nur mit einer himmelhohen Zollmauer umgebe, dann könne es auch inmitten einer krankhaften Welt zu neuer Blüte kommen.

An eins scheinen diese liebenswürdigen Zeitgenossen gar nicht gedacht zu haben: Daß der Plan, der zwischen dem französischen Finanzminister Flandin und dem Unterstaatssekretär des englischen Schatzamtes, Leith-Roß, vereinbart wurde, doch undurchführbar sei, ohne die Zustimmung Amerikas. **Amerika aber winkt bereits ab.** Es wünscht für die englisch-französischen Kriegsschulden nicht aus Restbeständen des deutschen Volksvermögens entschädigt zu werden. Es bestreitet — durchaus nicht zum erstenmal! — jeden unmittelbaren Zusammenhang zwischen Tributen und Kriegsschulden. Und es wird von sich aus nichts unternehmen, einen solchen Zusammenhang herzustellen, denn es wünscht die französische Kriegsschuld freizuhalten von jeder Verbindung mit den deutschen Tributen, um sie als Druckmittel für die Abrüstung voll ausnützen zu können. Das weiß man in Frankreich, und darum hätte man die Frage der Kriegsschuld gar zu gern vor Beginn der Abrüstungskonferenz „bereinigt" — so schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten.

*

Frankreich gegen Lausanne?

London, 15. Jan. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" glaubt zu wissen, daß der französische Ministerpräsident Laval gewissen ausländischen Botschaftern in Paris zu verstehen gegeben habe, Frankreich werde an der Lausanner Konferenz nur teilnehmen, wen es eine vorherige Verständigung mit Großbritannien und Deutschland erreicht habe.

Londoner Pressestimmen zur Reparationsfrage

London, 15. Jan. „Morningpost" führt zur Rede Lautons aus: Wenn Deutschland wieder zahlungsfähig ist, dann ist es nur recht und angemessen, daß es einen fairen Anteil an den allgemeinen Lasten übernimmt. Die Hauptaufgabe der Staatsmänner ist, die Mittel ausfindig zu machen, die eine solche Wiederaufnahme deutscher Zahlungen mit der Notwendigkeit in Einklang bringen, Deutschland vor dem Zusammenbruch zu retten.

„Daily Mail" erklärt in einem Leitartikel: **Eine völlige Beseitigung der Reparationen würde Deutschland einen ungeheuren Vorteil geben (!) Die britische Industrie könnte dann niemals hoffen, die Konkurrenz mit Deutschland auszuhalten.**

In einem Aufsatz in der „Daily Mail" sagt Esmond Harmsworth, der Sohn des Besitzers des Blattes, Lord Rothermere, wie auch die Regelung in Lausanne ausfallen werde, es sei unbedingt notwendig, daß **England und Frankreich zusammenhalten.**

Ein abgehörtes Telephongespräch?

London, 14. Jan. Der politische Korrespondent des „Star" stellt heute abend die Behauptung auf, die **verfrühte Veröffentlichung der Erklärung Brünings sei auf das Abhören eines Telephongespräches zwischen der britischen Botschaft in Berlin und London zurückzuführen**, in dem die Mitteilungen des Reichskanzlers an den englischen Botschafter nach London übermittelt wurden. Niemand wisse genau, wo die Belauschung des Gespräches stattfand.

Belgien und Frankreich „Hand in Hand" in Lausanne

T.U. **Brüssel**, 15. Jan. Der Pariser Korrespondent des Blattes „La Nation Belge" bestätigt, daß die belgische Regierung in London und Paris habe wissen lassen, sie halte an dem Weiterbestehen der Tribute fest und werde zusammen mit Frankreich in Lausanne an diesem gemeinsamen Standpunkt festhalten. Beide Staaten würden auf der Konferenz Hand in Hand gehen.

Von Neurath beim englischen Außenminister

T.U. **London**, 15. Jan. Der deutsche Botschafter besuchte Donnerstag abend den englischen Außenminister, mit dem er die Tributfrage und die Vorbereitungen für die Lausanner Konferenz besprach. Der englische Außenminister unterrichtete den Botschafter über die jüngsten Strömungen, die sich im englischen Kabinett zugunsten einer kurzfristigen Verlängerung des Tributmoratoriums durch die Lausanner Konferenz bemerkbar machen, durch die der Weg zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage offen bleiben soll.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Prof. Keynes für Vertagung

London, 15. Jan. In einem Artikel tritt der bekannte Wirtschaftssachverständige Keynes dafür ein, daß die britische Regierung sich offen für volle Streichung der Entschädigungen und der Kriegsschulden und für die Vertagung der Lausanner Konferenz um sechs Monate erklärt. Keynes schreibt:

An den Staatsmännern der Welt liegt es jetzt, die Frage zu behandeln, für die sie Sachverständnis haben sollten. **Ich bin sicher, daß das britische Volk einmütig ist, daß die Regierung entschlossen für die volle Streichung der Entschädigungen und Kriegsschulden eintritt, und daß der Erste Minister sich an die Seite Italiens stellt und den Aufruf Brünings unterstützt. Dies sollte unsere „erklärte" Politik sein.**

Diese Politik braucht aber nicht unvereinbar zu sein mit der Rücksichtnahme auf die diplomatischen Schwierigkeiten und den verschiedenen Grad der Entwicklung, den die öffentliche Meinung der verschiedenen Länder erreicht hat. Deshalb wäre es im Interesse einer vereinbarten Regelung **für Deutschland der Mühe wert, sein Einverständnis zu erklären, bescheidene und vernünftige Summen zu bezahlen, wenn dadurch eine Regelung möglich wäre.**

Eine solche endgültige Regelung müsse im Laufe des Jahres erfolgen, doch glaubt Keynes, daß die Lage noch nicht reif sei, um eine solche Regelung bereits jetzt in Lausanne zu erzielen.

Die Lage ist noch nicht reif für eine endgültige Regelung in Lausanne in diesem oder dem nächsten Monat. Es gibt mehrere Gründe, aus denen sie bestimmt unmöglich ist. Europa und Amerika werden von politischer Erregung beherrscht. Besonders können wir angesichts des Bevorstehens von Wahlen in Frankreich und in Preußen sicher sein, daß die Staatsmänner weder des einen noch des anderen Lands heute Zugeständnisse machen können, die sie vielleicht innerlich als weise erkennen, und die sie in einigen Monaten zu machen imstande sein dürften. Die Beschlüsse, die in Lausanne zu fassen sind, könnten die folgende Form annehmen:

1. Ein Versprechen der Verbündeten, Deutschland noch in diesem Jahr einen genauen und endgültigen [illegible]ag für die endgültige Festsetzung seiner Verpflichtungen zu machen.

2. Eine Vereinbarung, die Entwicklung der Wirtschaftskrise während weiterer sechs Monate zu beobachten, bevor dieses Angebot gemacht wird.

3. Im Hinblick auf diese Ziele eine Verlängerung der Zahlungsaussetzung Deutschlands bis zum 15. Dezember und eine Vertagung der Konferenz um sechs Monate

*

Auch der „Temps" glaubt an ein Nachgeben Amerikas

T.U. **Paris,** 15. Jan. Der „Temps" folgert aus den letzten Erklärungen Hoovers, daß Amerika sich einer europäischen Initiative hinsichtlich einer vorläufigen Lösung der gesamten Schuldfrage nicht verschließen würde. Man sehe wohl ein, so sagt das Blatt, daß die Washingtoner Regierung vor den Wahlen eine endgültige Lösung dieser Frage nicht vornehmen könne. Deshalb ist die Forderung eines kurzen allgemeinen Zahlungsaufschubes, der eine spätere endgültige Lösung vorbereiten könne, umso berechtigter.

*

Englands Pläne für die Lausanner Konferenz

Keine vorherige Verständigung nur mit Frankreich.

T.U **London,** 15. Jan. Aus durchaus zuverlässiger Quelle verlautet, daß England den Plan eines Sonderabkommens oder einer Sonderverständigung mit Frankreich vor dem Zusammentritt der Lausanner Konferenz endgültig aufgegeben hat. Es wird betont, daß während der Verhandlungen zwischen den englischen und französischen Finanzsachverständigen in Paris England keine Verpflichtungen eingegangen ist und auch in Zukunft keine Sonderabmachungen eingehen werde. Die englische Politik lege vielmehr Gewicht auf eine allgemeine Verständigung zwischen den europäischen hauptsächlichsten Gläubigermächten und dem Schuldnerstaat Deutschland über die großen Linien der in Lausanne einzuschlagenden Politik.

Die englischen Bestrebungen gehen dahin, auf der Lausanner Konferenz eine Verlängerung des Tributmoratoriums, um etwa fünf bis sechs Monate zu bewirken und es wird Wert darauf gelegt, daß die Mächte sich schon in Lausanne darauf festlegen, die Erörterung eines Planes zur endgültigen Regelung des Schuldenproblems in Angriff zu nehmen. Möglicherweise wird die englische Regierung von sich aus diesbezügliche allgemeine Richtlinien bekanntgeben, die als Ausgangspunkt der Verhandlungen dienen könnten. Nach kurzer Sitzung soll dann die Konferenz — dem englischen Wunsche nach — bis zu einem Zeitpunkt vertagt werden, der so frühzeitig liegt, daß Amerika rechtzeitig in die Lage versetzt werden kann, die europäische Lage noch einmal vor dem 15. Dezember nachzuprüfen, an dem die nächsten interalliierten Schuldenzahlungen an Washington fällig werden.

Ueber Einzelheiten, worunter z. B. besondere Zusagen an Deutschland oder Pläne über die Art des Herantretens an Amerika fallen, sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden. Man verkennt englischerseits nicht, daß möglicherweise mit einem Widerstand Frankreichs zu rechnen ist, insbesondere gegen etwaige Versprechungen einer endgültigen Lösung.

Deutscherseits würde man bei einer etwaigen Annahme des englischen Planes Wert darauf legen müssen, ganz bestimmte Garantien zu erhalten, daß die Verhandlungen über eine endgültige Lösung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt noch in diesem Jahre aufgenommen werden, daß die Rückwirkungen der Krise auf Deutschland gebührend berücksichtigt und die vom deutschen Kanzler gemachten Erklärungen nicht außer acht gelassen werden.

*

Beginn der englisch-italienischen Verhandlungen über die Tributfrage

T.U. **London,** 15. Jan. Die Verhandlungen zwischen dem englischen und italienischen Finanzsachverständigen wurden am Freitag vormittag durch eine Besprechung beim Schatzkanzler Neville Chamberlain eingeleitet, an der außerdem noch die Professoren Beneduce und Buti, sowie Leith Roß teilnahmen. An die Besprechung schloß sich ein Frühstück, zu dem auch der gegenwärtige Geschäftsträger der italienischen Botschaft und der englische Außenminister Simon geladen waren. Die Besprechungen galten der Tributfrage und den Vorbereitungen zur Lausanner Konferenz .

Eine Kundgebung an die Internationale Abrüstungskonferenz

T.U. **Berlin,** 15. Jan. Zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz hat sich in Deutschland ein Ehrenausschuß für die deutsche Kundgebung zur Abrüstungskonferenz gebildet. Diesem Ausschuß gehören Persönlichkeiten aller Parteien an. Er erläßt folgenden Aufruf, zu dessen Unterzeichnung er alle deutschen Männer und Frauen auffordert:

„Die unterzeichneten Männer und Frauen Deutschlands fordern von der Internationalen Abrüstungskonferenz, daß sie sofort und ohne zögern den Verpflichtungen nachkommt, die hinsichtlich der Verminderungen der nationalen Rüstungen eingegangen worden sind. Damit würden gleichzeitig die Erwartungen und Hoffnungen der Welt auf eine friedliche Entwicklung der Erfüllung nähergebracht werden.

Die ehemaligen Alliierten haben im Vertrag von Versailles ihr Wort verpfändet, daß die Abrüstung bestimmter Nationen nur die Einleitung einer allgemeinen Entwaffnung sein sollte. Die Satzung des Völkerbundes sichert die allgemeine Abrüstung zu. Die Nationen sind in feierlicher Form übereingekommen, daß drohende Konflikte des Völkerlebens nicht durch Krieg entschieden, sondern auf friedlichem Wege beigelegt werden müssen. Schließlich ist durch den Kelloggpakt der Krieg geächtet worden.

Ohne Zweifel muß der nächste Schritt eine durchgreifende Herabsetzung der Rüstungen sein. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn alle Arten u. Gattungen der Rüstungen gleichmäßig herangezogen werden. Der Friede kann nur durch eine allgemeine Abrüstung wirksam gesichert werden. Der Krieg wird verschwinden, wenn die Regierungen der Völker es nur wollen. Die Regierungen werden wollen, wenn die Völker sie dazu zwingen."

Deutsche Industrie gegen Tribute

Reichsverband der Deutschen Industrie fordert Beseitigung der Reparationen

Berlin, 15. Jan. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich in seiner jüngsten Sitzung unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Krupp von Bohlen und Halbach mit der **neuesten Entwicklung der Reparationsfrage,** insbesondere mit den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers in seinem Interview vom 9. Januar. Der Reichsverband der Deutschen Industrie gab dabei der Auffassung Ausdruck, **daß unsere Lage die Fortsetzung der politischen Zahlungen unmöglich macht und daß dieser Versuch, das System solcher politischen Zahlungen fortzusetzen, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müßte.** Die Entwicklung des letzten Jahres hat den Politikern und Wirtschaftlern der ganzen Welt die Augen darüber geöffnet, daß die endgültige Beendigung der Reparationen nicht nur wegen der schweren Krise in Deutschland selbst sondern auch aus weltwirtschaftlichen Gründen eine zwingende Notwendigkeit darstellt. **Darüber hinaus ist es für alle einsichtigen Leute in der Welt klar, daß die Weltwirtschaft ohne eine Gesundung Deutschlands nicht wieder gesunden kann.** Für die Weltwirtschaft ist ein freier Warenaustausch eine unerläßliche Voraussetzung. Dieser freie Warenaustausch wird aber durch die Reparationen verhindert, weil durch sie das Schuldnerland zu einer Exportsteigerung gezwungen wird, gegen die sich die empfangenden Länder mit allen denkbaren Mitteln zur Wehr setzen. Solange dieses Mißverhältnis zwischen dem Exportzwang einerseits und der mangelnden Aufnahmewilligkeit der Empfangsländer andererseits andauert, ist eine Wiedergesundung der Weltwirtschaft nicht herbeizuführen. Sie ist auf keinem anderen Wege zu erreichen, als eben durch die endgültige Beseitigung der Reparationen als des entscheidenden Störungsfaktors.

Der Vorsitzende der ersten Unterkommission des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees, Herr Dr. von Simson, berichtete über die deutsch-französischen Verhandlungen, die in den letzten Wochen einen verhältnismäßig befriedigenden Verlauf genommen hätten, wenn nicht in den letzten Tagen durch Maßnahmen der französischen Regierung gewisse Störungen in die Erscheinung getreten wären. Die deutsche Industrie sei nach wie vor bereit, jeden geeigneten Weg zu einer privatwirtschaftlichen Verständigung zu beschreiten, doch hänge der Erfolg aller dieser Bemühungen entscheidend von der Haltung der französischen Regierung ab.

Das Präsidium wählte anstelle des in den Senat übertretenden Abr. Frowein den Geheimen Kommerzienrat Dr. Karl **Bosch**-Heidelberg zum stellvertretenden Vorsitzenden.

*

Deutschland gegen die Verschiebung der Lausanner Konferenz

Berlin, 15. Jan. Zu den in einem Teile der ausländischen Presse umlaufenden Gerüchten über eine Verschiebung der Konferenz von Lausanne wird in unterrichteten Kreisen mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Standpunkt der deutschen Regierung sich in dieser Frage in keiner Weise geändert hat, kann nur immer wieder betont werden, daß angesichts der im Baseler Gutachten festgestellten „Gefahr im Verzuge", eine Verschiebung der Konferenz nicht stattfinden darf und der angekündigte Termin unbedingt eingehalten werden muß.

*

Francois Poncet beim Reichskanzler

T.U. **Berlin,** 15. Jan. Der französische Botschafter Francois Poncet, der am Donnerstag aus Paris zurückgekommen ist, hat am Freitag nachmittag den Reichskanzler aufgesucht, mit dem er eine längere Unterhaltung hatte.

Keine Senkung der Biersteuer

München, 15. Jan. Nach einer Mitteilung des Bayerischen Brauerbundes sind die letzten Meldungen über eine angeblich bevorstehende Senkung der Biersteuern falsch. Der Reichsfinanzminister habe vielmehr erklärt, daß er **zur Zeit keine Senkung der Biersteuern in Aussicht stellen könne. Damit kämen aber auch die Voraussetzungen für einer Bierpreissenkung in Wegfall.** Der Bayerische Brauerbund hat deshalb in einem Telegramm an den Reichsfinanzminister auf die ungeheure Bestürzung und Erregung in Bayern wegen der Ablehnung der Biersteuersenkung hingewiesen. Die bereits verfügten Preisherabsetzungen beim Brau- und Gastwirtsgewerbe müßten ohne Mitwirkung des Fiskus völlig verpuffen und ein Massensterben der Brauerei- und Gastwirtsbetriebe sei unvermeidbar, wenn sich nicht im letzten Augenblick noch eine andere Auffassung durchsetze.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[6

Mit den letzten Worten hatte Frau von Löwenried Elmes Herz ganz und gar gewonnen. Doch einige Bedenken blieben.

Elme sagte offen:

„Ich bin ganz arm und ich passe nicht in Ihr schönes, vornehmes Haus. Die jungen Damen würden über mich lachen. Bestimmt würden sie das. Und — das ertrüge ich nicht."

„Warum, Elme? Warum sollte man über Sie lachen?" fragte sehr ernst Frau von Löwenried.

Groß und klar ruhten die Augen Elmes auf dem Gesicht der Dame; dann sagte das Mädchen:

„Vater konnte mir nichts hinterlassen. Ich habe kein Geld, um mir die notwendigen Toiletten besorgen zu können, die ja nun doch einmal zum gesellschaftlichen Verkehr gehören."

„Wenn man so jung und schön ist wie Sie, dann ist man nicht arm, Elme. Aber ich weiß, daß Sie noch Ihre Rente besitzen. Damit läßt sich bei genauer Berechnung gewiß etwas für Ihren persönlichen Verbrauch herausholen. Nun, wir werden ja sehen."

Die zwei Damen saßen dann noch lange Zeit beisammen, und Frau von Löwenried strich ein paarmal zärtlich über das rotblonde Haar.

„Sie glauben ja gar nicht, wie wir uns freuen auf Sie. Meine Mädels und ich. Wann dürfen wir Sie also bei uns erwarten? Am liebsten wäre es uns, wenn Sie überhaupt gleich einige Wochen kämen, damit Sie all das Traurige ein wenig vergessen. Sie leben ja viel zu einsam hier. Das ist nichts für einen jungen Menschen. Und dann wollten wir doch auch die Kleider besorgen."

Elmes Augen strahlten die alte Dame an.

„Ich weiß gar nicht, wie ich Ihnen danken soll, gnädige Frau. Wie soll ich Ihnen Ihre Güte nur vergelten?"

„Nichts von Dank", wehrte die alte Dame ab. „Es hat uns weh genug getan, daß wir bisher nichts für Sie tun konnten. Aber nun wollen wir alles nachholen. Vorläufig kommt ja nicht viel in Frage während des Trauerjahres; aber es genügt schon einstweilen, wenn Sie vorläufig unter gleichaltrigen jungen Leuten sind."

Es wurde nun noch einiges besprochen und dann verabschiedete sich Frau Geheimrat von Löwenried. Elme begleitete die Dame bis zum Wagen, der draußen hielt. Stolz und steif thronte der Kutscher in seiner altmodischen, aber gediegenen Livree auf dem erhöhten Kutschersitz, und die zwei gut genährten Schimmel schüttelten förmlich erfreut die Köpfe, als sie der Herrin endlich ansichtig wurden, denn sie hatten sich schon die Beine lahm gestanden.

Elme ging noch eine Strecke neben dem Wagen her; dann blieb sie auf der kleinen Anhöhe stehen und winkte nun dem Wagen nach. Das weiße Tuch der alten Dame wehte auch noch lange. Jetzt verschwand der Wagen im Walde drüben und Elme blickte noch ein Weilchen sinnend vor sich hin. Sie wußte ja ganz genau, daß alle Menschen nur um ihres Vaters willen nicht mehr gekommen waren. Elme nickte vor sich hin, dann faltete sie die kleinen Hände.

„Schenk ihm die ewige Ruhe, Vater im Himmel. Ich will ohne Groll an ihn denken."

Die Herbstsonne sandte warme Strahlen und sie fingen sich in Elmes goldblondem Haar. Die ganze feingliedrige Mädchengestalt bot ein entzückendes Bild, und das rote und gelbe Laub ringsum gab einen wirksamen Hintergrund dazu ab.

Elme wandte sich um, blickte plötzlich mit weit geöffneten Augen hinüber auf Schloß Rheinsbergh. Dort waren alle Fenster weit geöffnet und auf dem großen Turm in der Mitte wehte die Fahne.

Elme biß die Zähne zusammen und in ihre Augen kam dunkler Haß. Er war wieder da! Er, der den Dörrings alles genommen hatte!

Unverwandt sah das Mädchen hinüber. Auf dem großen Mittelbeet vor dem Schloß glühten bunte Georginen und Astern in allen Farben. Die Hunde balgten sich vergnügt und zwei Mädchen mit weißen Häubchen huschten soeben über die Terrasse; voll Würde ging ein Diener die Seitentreppe hinauf.

Das Schloß war zum Leben erwacht, nachdem dort drüben alles solange still und einsam gewesen war.

Elme warf den Kopf zurück. Was ging Schloß Rheinsbergh sie an? Mochten sie dort drüben glänzende Feste feiern, soviel sie wollten, sie sollte es nicht kümmern.

Elme ging langsam weiter, immer an der Mauer hin. Ihr Blick fiel auf den Pavillon, der unweit der Mauer auf Rheinsberghschem Boden stand und an dem das Laub des Weinstockes rot und gelb schimmerte. Auch dort waren die Fenster und die Tür geöffnet. Der Besitzer schien also für immer hier bleiben zu wollen und doch nicht nur vorübergehend anwesend zu sein, wie sie schon halb und halb gehofft hatte.

Elme schritt die Stufen hinunter, die tiefer in ihren eigenen Garten führten, um nichts mehr sehen zu müssen von dort drüben. Jener Mann hatte Werdenberg an sich gerissen. Werdenberg, das Mama über alles geliebt hatte. Das allein genügte, ihn zu hassen, ihn als abgetan zu betrachten.

* * *

Elme war wirklich für einige Wochen zu den Löwenrieds in die Stadt gefahren, und sie war sehr, sehr liebevoll aufgenommen worden. Die jungen Damen hatten sich miteinander angefreundet und Frau von Löwenried hatte tatsächlich allerlei für Elmes Kleidung getan. Und nun waren sogar schon ein paar Teestunden vorüber, während denen Elme vielen Damen und Herren der Gesellschaft vorgestellt worden war. Sie freute sich, weil man von allen Seiten sehr liebenswürdig zu ihr gewesen war.

In einigen Tagen nun war Frau von Löwenrieds Geburtstag, und diesen Tag wollte sie noch abwarten, dann aber war es doch wohl allerhöchste Zeit, nach Hause zurückzukehren.

(Fortsetzung folgt.)